**„Der Courier"**
**Organ der deutschsprechenden Canadier.**
**Erscheint jeden Mittwoch.**
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Redaktionsangabe 12—24 Seiten Stark.

**"DER COURIER"**
**The Organ of the German-speaking settler of the West**
**MEMBERS OF A.B.C.**

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the members of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

## C.P.R.-Präsident, Kriegsschulden und Rußland

E. W. Beatty, der Präsident der Canadian Pacific Eisenbahn, sprach vor einigen Tagen in einer gemeinsamen Versammlung der Handelskammer und der „Empire Club" in Toronto über die Ursachen der wirtschaftlichen Depression. Er wies auf die verschiedenen Meinungen hin, die zur Erklärung der Weltwirtschaftskrise vorgebracht werden, um dann fortzufahren:

**„All die eben erwähnten Faktoren sind unzweifelhaft bedeutsam, aber ich glaube, daß einer der abschreckendsten Einflüsse gegen die Wiederaufnahme des normalen Handelsverkehrs das Vorhandensein der gewaltigen Kriegsverpflichtungen ist, deren Einzahlung und Zinsenlast die Kaufkraft dieser Schuldnerländer in solchem Ausmaße beschränkt, daß normale Handelsverhältnisse unmöglich gemacht werden."**

Der Präsident der C.P.R. hat damit gewiß den Nagel auf den Kopf getroffen und den Beweis geliefert, daß die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der Reparationsordnung auch in Canada Fortschritte macht. Die deutschen Reparationszahlungen wie auch die Kriegsschuldverpflichtungen der anderen europäischen Mächte sind die wundeste und schmerzhafteste Stelle am Wirtschaftsorganismus der Menschheit. Leider wollen die meisten hochgelehrten Doktoren und die doch zahlreichen Kurzsichtigen, die sich angeblich um die Wiedergesundung der Weltwirtschaft kümmern, die große Wunde noch nicht sehen. Besonders kurzsichtig verhalten sich die Vereinigten Staaten, die als Hauptgläubiger Europas eigentlich dazu berufen wären, endlich einmal die Revision der Reparationen und Kriegsschulden in Angriff zu nehmen. Lieber erdrücken die Markos Millionen- und Milliardenverluste in ihrem Außenhandel, wie auf dieser Seite des „Courier" dargelegt wird, als daß sie sich zu einem energischen Revisionsanlauf aufraffen.

Der Nutznießer der verfehlten Politik ist im Augenblicke wenigstens Rußland. Aus Europa nach Sowjetrußland, wo man mit Hilfe ausländischer Ingenieure und amerikanischen Kapitals sowie durch Versklavung der harten Volksmassen künstlich eine Wirtschaftsblüte schafft. Ob diese „Blüte" von Dauer sein und auch Früchte tragen wird, entzieht sich vorläufig unserer Beurteilung. Doch die Möglichkeit besteht, daß durch die Verpfändung der „Sowjetmärkte" des Westens eine Entwicklung eingeleitet wird, die eines Tages unter der Wucht einer russischen Wirtschaftskatastrophe die hartnäckigen Verfechter einer völligen Ausplünderung Deutschlands und des übrigen Europas vernehmen kann.

## Neue starke Spannung in der deutschen Innenpolitik

Der Kampf zwischen den gemäßigten Elementen — den Kommunisten und den Nationalsozialisten — wie er schon seit Jahren das politische Leben in Deutschland durchtobt, hat infolge der Ermordung eines kommunistischen Mitglieds des Hamburger Stadtrats von Hühnerfutt der Erbitterung erreicht. Die Erschießung des Stadtratsmitglieds Ernst Henning hat ein Echo in ganz Deutschland wachgerufen, auch im Reichstag, wo heftige Proteste erhoben wurden. Ein im Reichstag eingebrachter Antrag sieht die Anwendung jeder Gewalt im politischen Leben in Zukunft zu unterdrücken.

Henning wurde von drei Nationalsozialisten erschossen, die gemeinsam einen Verkehrsomnibus bestiegen, in dem er sich befand. Die drei fragten nach Hennings Identitätsnachweispapieren und begannen dann, seinen Körper mit Kugeln zu durchlöchern. Später haben die Mörder sich der Polizei gestellt und ihre Meinen mit Adolhert Fartler, der früher als Polizist tätig war, Otto Brunnel und Hans Höckmeyer angegeben. Alle drei gehören der nationalsozialistischen Partei an.

Sie erklärten, sie hätten sich entschlossen, Henning zu töten, nachdem sie den Omnibus bereits bestiegen hatten, was in einem Hamburger Vorort geschehen war. Ein anderes Kommunist befand sich in der Begleitung Hennings. Zwei andere Passagiere wurden bei der Attentat über fünfzehn Schüsse verwundet.

Die Nationalsozialisten durchsuchten die Telephonzentrale, nachdem sie d. Zahlen des Omnibusses gezwungen hatten, in der Nähe von Ohlsdorf, wo die kommunistische Führer des betreffenden Bezirks eine Sitzung gehalt hatten, anzugeben. Eine Anzahl Kommunisten überfielen nicht lange nachher ein Reichsmarine in Altona und griffen dort befindliche Nationalsozialisten an, die sie durch Schüsse verwundeten. Man nimmt an, daß dies eine Vergeltungsaktion der Kommunisten war. Die Täter entkamen.

Die Behörden haben sowohl Maßnahmen ergriffen, um weitere Ausschreitungen zu verhüten. Die Polizei hat die Zeitungen der Kommunisten und Nationalsozialisten und Massenversammlungen oder Kundgebungen in Hamburg verboten. In Berlin und anderen Städten haben die Kommunisten jedoch Protestversammlungen in Aussicht genommen. Die Kommunisten Berlins werden eine Versammlung im Lustgarten abhalten, um „eine Kampfansage gegen die Nationalsozialisten" zu organisieren. Das soll ihre Antwort auf die Ermordung Hennings in Hamburg sein.

Im Reichstag erreichte die Debatte einen Ton der Bitterkeit, wie er in dem langen Kampfe zwischen den beiden politischen Gruppen noch nie gehört worden ist. Der Präsident sah sich gezwungen, einen kommunistischen Redner zu suspendieren. Daraufhin verließen die Kommunisten geschlossen den Sitzungssaal, unter Absingung der Internationale. Später kehrten sie jedoch wieder zurück.

In München hat Adolph Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, eine Erklärung veröffentlicht, in der er sein Bedauern über den Henning-Zwischenfall ausspricht. Er weist jedoch darauf hin, daß Jansen, Baumel und Hockmeyer „seit Monaten durch einen Feldzug des Blutes und des Hasses, wie er von den Kommunisten betrieben wird, in Aufregung versetzt wurden." Zahlreiche Parteigenossen der drei Männer seien Opfer dieses Hasses geworden.

## Deutschlands bisherige Reparationszahlungen

Vor einigen Wochen hat die englische Regierung im Unterhause die Anfrage nach Deutschlands bisherigen Reparationszahlungen dahin beantworten lassen, daß Deutschland bis zum 15. Dezember 1930 rund 20 Milliarden Goldmark (etwa 5 Milliarden Dollar) Reparationen an die alliierten und assoziierten Mächte geleistet habe. Bei dieser Zahlenangabe handelt es sich um eine große Irreführung. Deutschland hat weit mehr als 20 Milliarden Goldmark bezahlt. Nach einer amtlichen deutschen Aufstellung hat Deutschland bereits bis zum Ende des Jahres 1922 an Leistungen auf Reparationskonto 41,6 Milliarden Goldmark (10,4 Milliarden Dollar) bezahlt. Damals schon ergaben sich große Gegensätze in der Abschätzung der deutschen Tributleistungen. Behauptete man doch in England, daß die deutschen Leistungen bis zum 1. Januar 1923 insgesamt 8 Milliarden Goldmark betrügen. Von neutraler Seite, und zwar durch das „Institute of Economics" in Washington wurde ermittelt, daß Deutschland bis zum 30. September 1922 etwa 26 Milliarden Goldmark an anrechnungsfähigen Werten geleistet habe. Eine ähnliche Summe wurde von dem englischen Professor Keynes angegeben. Den amerikanischen und englischen Sachverständigen stand aber statistisches Material über die Höhe der deutschen Tributzahlungen nur unvollständig zur Verfügung, und die deutsche Reichsregierung muß schließlich selbst am besten wissen, wie hoch die Beträge sind, die sie an die Verbandsmächte abgeliefert hat. Rechnet man den 41,6 Milliarden Goldmark, die Deutschland bis Ende 1922 entrichtet hat, die mehr als 7 Milliarden Goldmark hinzu, die Deutschland unter dem Dawesplan bezahlt hat, dann sind vom Deutschen Reich bis einschließlich 1928 bereits etwa 50 Milliarden Goldmark (12½ Milliarden Dollar) entrichtet.

Noch nicht inbegriffen in die Beträge sind alle jene Verluste, die Deutschland außerhalb der anrechnungsfähigen Leistungen erlitten hat, jene schweren Verluste an Land, die ungeheure Werte darstellen. Hierhin gehören auch die verlorenen deutschen Auslandsguthaben.

# Weltumschau

**Kanzler Brüning und Export nach Rußland.** Reichskanzler Brüning befaßt sich mit Sowjetrußland als Absatzgebiet für den deutschen Exporthandel. Der Kanzler beriet zuerst mit Sachverständigen der verschiedenen Regierungs-Ressorts und nahm Berichte über die Resultate ihrer Untersuchungen entgegen, die sich u. a. mit den Bedingungen befaßt haben, unter denen die Ver. Staaten mit Sowjetrußland Geschäfte machen.

Später hatte Brüning eine zweite Konferenz mit der Delegation deutscher Geschäftsleute, die kürzlich aus Rußland zurückgekehrt ist. An dieser Konferenz nahmen die Reichsminister für Arbeit, Finanzen und Wirtschaft, die preußischen Minister für Handel und Finanzen und Reichsbankpräsident Dr. Luther teil. Ferner fand dann noch eine Kabinettssitzung statt, die sich eingehend mit dem Problem befaßte, in der aber noch keine definitiven Beschlüsse gefaßt wurden.

**Um das Andenken Dr. Stresemanns.** Deutschlands Gesetz gegen die Beschimpfung von Toten wird im Falle von Dr. Gustav Stresemann, dem verstorbenen Reichsaußenminister, die erste praktische Probe erleben. Nachdem ein Antrag von Frau Stresemann, das Andenken ihres Gatten von der Beschuldigung der Korruption zu reinigen, fünf Monate lang verschleppt worden ist, hat der Staatsanwalt jetzt ein Verfahren gegen den Krefelder Nationalsozialistenführer Dr. Diehl eingeleitet, der während der Wahlkampagne von 1930 die Behauptung aufstellte, daß Stresemann eine Million Mark erhalten habe, um den Young-Plan durchzusetzen. Das Datum für den Prozeß ist noch nicht angesetzt worden.

Wolfgang Stresemann, der Sohn des verstorbenen Reichsaußenministers, erklärte in Berlin, daß er nicht erwarte, daß aus dem Prozeß viel herauskommen werde. „Der Mangel des deutschen Gesetzes gegen Verleumdung von Toten ist, daß der Angeklagte nur überführt werden kann, wenn ihm böswillige Verleumdung nachgewiesen werden kann," sagte er. „Diehl wird zweifellos sagen, daß er Grund zur Annahme hatte, daß seine Nachrichtenquelle verläßlich war und daß er in gutem Glauben handelte. Ich hoffe jedoch, daß der Krefelder Prozeß die Angreifer des Namens meines Vaters wenigstens vorsichtiger machen wird."

**Das Wahlergebnis in Braunschweig.** Ueber die jüngsten Kommunalwahlen im Freistaat Braunschweig läßt sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von ihrem Sonderberichterstatter in Braunschweig wie folgt berichten: In der Stadt Braunschweig haben von 115,560 Wahlberechtigten 97,124 Wähler ihre Stimme abgegeben. Das sind 82% der Wahlberechtigten. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 37,672 (gegen 11,624 bei der Reichstagswahl am 14. September 1930), auf die Nationalsozialisten 27,040 (gegen 25,252 bei der Reichstagswahl), auf die Kommunisten 12,236 (gegen 8828), auf die Staatspartei 1,927 (2,968 bei der Reichstagswahl mit den Volksnationalen), auf die Nationale Mitte 154 (gegen 176 bei der braunschweigischen Landtagswahl), auf die Mittelstandsliste 6200 (gegen 3606 für die Wirtschaftspartei), auf die Deutschnationalen 4471 (gegen 4999), auf die Nationale Einheitsliste — dazu gehören die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Volksrechtspartei — 7924. Die Sitze werden wie folgt verteilt: Sozialdemokraten 14 (gegen bisher 19); Nationalsozialisten 10 (bisher 1); Kommunisten 4 (bisher 1); Demokratische Staatspartei keinen Sitz (bisher 1); Nationale Mitte keinen Sitz; Mittelstandsliste 2 Sitze; Deutschnationale 2 Sitze; Nationale Einheitsliste 3 Sitze.

Die bürgerlichen Parteien (Mittelstand, Deutschnationale und Nat. Einheitsliste) waren Listenverbindungen eingegangen. Sie haben 7 Sitze erhalten gegen bisher 13.

Bei den Wahlen zu den sechs Kreistagen des Landes Braunschweig sind auch die Stimmen der „marxistischen" Parteien zurückgegangen. So ist in Braunschweig, Helmstedt und Wolfenbüttel eine absolut antimarxistische Mehrheit erreicht worden. In den Kreisen Gandersheim, Holzminden und Blankenburg haben die Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen nur stets eine Stimme Mehrheit.

Eine Gegenüberstellung und vergleichende Bewertung mit den Wahlen zum Reichstag und Landtag ist kaum möglich, da ja in den einzelnen Gemeinden stets verschiedene Listen aufgestellt sind und es sich bei den Kommunalwahlen in erster Linie nicht um politische, sondern um wirtschaftliche Wahlen gehandelt hat. Immerhin sind die Wahlen insofern symptomatisch, als sie ein weiteres Anwachsen der Nationalsozialisten, besonders in den Städten, zeigen, wenn sich auch das Tempo gegenüber den Reichstagswahlen verlangsamt hat. Bemerkenswert ist, daß auch die Kommunisten stark gewonnen haben. Die zentrifugale Tendenz hält also in der Wählerschaft noch an.

**Deutscher Rundfunk von New York aus.** Mit dem Schnelldampfer „Bremen" vom Norddeutschen Lloyd ist der Berliner Journalist H. Hellmut in New York angekommen, um im Auftrag der deutschen Reichs-Rundfunkgesellschaft in Verbindung mit der New Yorker National Broadcasting Co. die ersten Versuche in Weltfunkreportage von Amerika aus zu unternehmen. Hellmut hat sein eigenes Mikrophon mitgebracht, welches er auch bei der Katastrophe des britischen Luftschiffes „R-101" verwendete, nachdem er in einem Flugzeug zur Unglücksstelle geeilt war und als erster eingetroffener Berichterstatter die Unfallstatsachen an sämtliche deutschen Rundfunksender weitergab.

Von Amerika aus sollen nicht nur alle deutschen, sondern auch die schweizerischen und österreichischen Stationen bedient werden. Wie Hellmut sagte, wird ein Interview mit dem deutschen Botschafter in Washington nach drüben gesandt werden; außerdem will der Berliner Fachmann seine New Yorker Erlebnisse von der Spitze eines hiesigen Wolkenkratzers aus nach drüben rundfunken, was für die europäischen Hörer allerdings etwas ganz neues sein dürfte. Das Verfahren ist ein technisch ziemlich komplizierteres, doch hofft Hellmut auf einen durchschlagenden Erfolg. Die Gespräche werden durch bewegliche Mikrophone über die Kurzwellensender Schenectady und Pittsburgh geleitet und von fünf über ganz Deutschland zerstreuten Kurzwellen-Empfangsstellen empfangen. Diejenige Empfangsanlage, welche die besten Resultate erzielt, gibt die amerikanischen Eingänge an eine Zentrale in Berlin weiter, von wo aus die Verteilung auf Deutschland, Oesterreich und die Schweiz erfolgt. Da zwei Sendestationen und fünf Empfangsstellen zusammenwirken, glaubt Herr Hellmut die Chancen für ein gutes technisches Gelingen als außergewöhnlich hoch bezeichnen zu dürfen.

**Ein neuer Marinepakt.** Die Sachverständigen von Großbritannien, Frankreich und Italien kamen in London zusammen, um die Ausarbeitung eines neuen Marinepaktes zu beginnen, durch den Frankreich und Italien sich verpflichten, den Ausbau ihrer Kriegsflotte bis zum Jahre 1936 in gewissen Grenzen zu halten. Der Pakt soll als separates Abkommen neben dem Fünfmächtepakt von London vom vergangenen Jahre gelten.

Gleichzeitig wird in Erfahrung gebracht, daß infolge der Besprechungen des amerikanischen Bundessenators Dwight W. Morrow und des Botschafters Charles G. Dawes mit dem britischen auswärtigen Amt die Befürchtung entstanden ist, der neue Vertrag könnte mit dem Washingtoner Marinepakt in Konflikt geraten, besonders inbezug auf den im neuen Vertrag aufgenommenen Passus über den Bau von Schlachtschiffen. Frankreich erhält eine weitere Zulage von 6000 Tonnen an Schlachtschiffen im Vergleich zu der unter dem Washingtoner Vertrage festgesetzten Quote. Jedoch wird in zuverlässigen amerikanischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die Wirkung auf den Washingtoner Vertrag von geringer Bedeutung sein würde und hauptsächlich von den veralteten französischen Schiffen, die Frankreich abzuschaffen gedenkt, abhängen würde.

**Niederlage der MacDonald-Regierung.** Das Kabinett MacDonald wurde im Unterhause in der Abstimmung über die Klausel der Wahlreformvorlage der Regierung, welche die Vertretung der Universitäten im Parlament abschaffen sollte, mit vier Stimmen überstimmt. Das Unterhaus beschloß mit 246 gegen 242 Stimmen, die Klausel der Vorlage abzulehnen und an der althergebrachten Vertretung der Universitäten im Parlament festzuhalten. Trotz dieser Niederlage wird das Ministerium aber nicht zurücktreten.

Daß die Regierung mit ihrem Vorhaben, eines der alten Vorrechte der einflußreichen Universitäten abzuschaffen, auf eine harte Nuß gebissen hatte, wurde bereits einige Stunden vor der entscheidenden Abstimmung klar, als man probeweise zur Abstimmung darüber schritt, ob der verhältnismäßig unbedeutenden Queens-Universität in Belfast das Vorrecht der eigenen Vertretung im Parlament genommen werden sollte. Schon bei dieser Probeabstimmung vermochte die Regierung nur mit Mühe eine ganz knappe Mehrheit von 10 Stimmen zusammentrommeln.

Das ermutigte den Lord Hugh Cecil, einen der beiden konservativen Vertreter der mächtigen Oxford-Universität im Unterhause, den Antrag auf Ablehnung der ganzen Bestimmung zu stellen, weil sich herausgestellt hatte, daß nicht nur die ganze konservative Partei, sondern auch verschiedene Liberale und sogar ein oder zwei Arbeiterparteiler dagegen sind, daß ihren Universitäten das Recht ihrer Vertretung im Unterhause genommen werden soll. Nach langer lebhafter Debatte kam endlich die mit Spannung erwartete Abstimmung, mit dem Eingangs erwähnten Ergebnis. Zwölf Universitäten werden also im Unterhause nach wie vor vertreten bleiben.

Als sie das Ergebnis mit Anspannung aller Kräfte herbeiführten, glaubten die Konservativen selber nicht, daß sie das Ministerium MacDonald damit stürzen würden. Aber das Prestige des Ministeriums hat durch die Abstimmung einen schweren Schlag erlitten.

**Pariser Protest gegen Wiener Musiker.** Der französische Ministerpräsident Pierre Laval brachte die Proteste radikaler Nationalisten und antideutscher Kreise durch seine Erlaubnis zum Pariser Auftreten Felix Weingärtners, des bekannten Wiener Orchesterdirigenten, zum Schweigen. Weingärtner wird wahrscheinlich zwei Konzerte in der französischen Hauptstadt dirigieren.

Vorher hatte das Kabinett beschlossen, das Erscheinen Weingärtners zu verbieten, da aus nationalistischen Studentenkreisen heftige Proteste laut wurden, als die Nachricht über das Kommen des Musikers zur Veröffentlichung gelangte. Die Studenten behaupteten, daß Weingärtner zu Ausbruch des Krieges eine antifranzösische Erklärung unterzeichnete, die seinerzeit von deutschen Intellektuellen ausgearbeitet worden war. Außerdem habe er einen französischen Orden mit beleidigenden Worten an die Pariser Regierung zurückgesandt.

**Vor neuem Drusen-Aufstand?** Der französische Generalstab hat Meldungen erhalten, die darauf hinweisen, daß die Drusen in ihren Verschanzungen im Hauran-Gebirge (Syrien) wieder rührig werden. Während die amtlichen französischen Nachrichten besagen, daß in Syrien alles ruhig sei, liegen Berichte aus Alexandrien vor, daß die Drusen Forderungen an den französischen Oberkommissar stellen werden, die dieser nicht gewähren kann, und daß durch seine Weigerung Sultan Attrasch den Feldzug wieder eröffnen wird.

Sultan Attrasch brachte den Franzosen eine der schwersten Niederlagen in der französischen Kolonialgeschichte bei, als er 1925 3000 Mann der Kolonialtruppe, die unter dem Kommando von General Michaud standen, vor Soueida buchstäblich hinschlachtete. Nur wenige erreichten Damaskus, die sich dann monatelang im Belagerungszustand befanden.

Die Franzosen sind geneigt, den Berichten wenig Glauben zu schenken, aber französische Erkundungsflugzeuge haben verdächtige Karawanen wahrgenommen, die nach dem Hauran-Gebirge ziehen.

**Akkordarbeit im Sowjetstaat.** In einer Sitzung des Allunion-Sowjetkongresses wurde eine Vorlage unterbreitet, enthaltend Pläne für Reorganisierung des Kollektiv-Landwirtschaftsbetriebes, die kapitalistischen Methoden ähnlich sind, von deren Ergebnissen aber weit größere Erträge erwartet werden als unter dem Fünfjahrplane.

Landwirtschaftskommissar Jakublew erklärte, die Bewegung für kommunale Landwirtschaft sei bereits erfolgreich unter Mitwirkung von mehr als 9,000,000 Bauernfamilien. Die schwierigste Frage einer gleichmäßigen Arbeitseinteilung werde voraussichtlich durch Einführung des Akkordsystems in mehr als 85,000 Kollektivbetrieben sich lösen lassen. Die Löhnung werde entweder in Geld oder Bedarfsartikeln bestimmt werden, so daß der Mann, der härter arbeitet, auch größeren Verdienst haben wird.

Bislang war eine der Schwierigkeiten, daß Bauernfamilien, die dem Kollektivbetriebe sich anschlossen, gewisse Beiträge in Viehbestand und landwirtschaftlichen Geräten zu dem allgemeinen Fonds beisteuerten und viele dann so geringe Arbeit wie nur möglich verrichteten, während die anderen überanstrengt waren. Die Folge war eine geringere Getreideablieferung an die Regierung. Unter dem neuen Plane soll die stehende Regel durchgeführt werden, daß nur solche, die arbeiten, essen dürfen.

Akkordarbeit ist bereits in einer Anzahl Sowjetfabriken eingeführt, und gleiche Versuche im Landwirtschaftsbetriebe haben vorzügliche Resultate ergeben, sagt der Ackerbau-Kommissar. Der Reorganisierungsplan stellt größte Anforderungen an die Arbeitsleistung von Männern und Frauen, sieht aber einen besonderen Geldbetrag für die Erziehung von Kindern und für Kranke und Verletzte vor. Kommissar Jakublew betont, daß viele der verhaßten Kulaks (reiche Bauern) in ihren Verhältnissen schon ganz heruntergekommen seien. Der Getreideertrag sei von 126,000,000 Pfund im Fiskaljahre 1926—27 auf 487,000,000 Pfund im vergangenen Jahre unter dem Kollektivbetrieb gestiegen. Das Landwirtschaftsproblem sei bereits gelöst, und die Tage der Kulaks seien gezählt. Er sagte nicht, was mit ihnen geschehen sei, doch heißt es, daß die Mehrzahl nach den nördlichen Landesteilen und nach Sibirien verbannt worden sind.

Mit Stolz wies der Kommissar darauf hin, daß Rußland die größten Landgüter im Betriebe habe, eines von diesen im Umfang von 200,000 Hektar. Kollektivfarmen im Gesamtumfange von 65,000,000 Hektar seien im Betriebe, dazu 5,000,000 Hektar in Staatsfarmen. Für Vermehrung des Viehbestandes und der Fleischlieferung werde Sorge getragen. Butter und Käse sollen zum Teil Ausfuhrartikel werden.

Um dem Mangel an Arbeitskräften in den Kohlenbergwerken, die weit hinter dem Fünfjahr-Plane zurückgeblieben sind, wirksam abzuhelfen, hat der Rat der Volkskommissare eine Verfügung erlassen, die darauf abzielt, Landarbeiter für den Bergwerksbetrieb heranzuziehen. Lohnerhöhung und Extrarationen für Verpflegung und Bekleidung werden zugesagt. Auch fehlt es an Arbeitern im Eisenbahndienst. Wahrscheinlich wird man versuchen, durch besondere Vergünstigungen Arbeitskräfte heranzuziehen.

**Amerikanischer Handel geht stark zurück.** Der Außenhandel der Vereinigten Staaten erreichte im vorigen Monat seinen niedrigsten Stand seit dem Kriege, wie aus den Statistiken des Handelsdepartements hervorgeht. Die Ausfuhr im Monat Februar belief sich auf $226,000,000, was einem Rückgang von $122,825,000 im Vergleich zum nämlichen Monat des Vorjahres gleichkommt. Die Februarziffer ist die niedrigste seit November 1914. Die Einfuhr sank im Vergleich zum Februar 1930 um $106,707,000 auf $175,000,000 im Februar 1931. Die Einfuhrziffer war die niedrigste seit September 1916.

In den ersten 8 Monaten des Steuerjahres 1930—31, Juli 1930 bis Februar 1931, war der Gesamtwert der Ausfuhr $2,243,442,000 im Vergleich mit $3,377,000,000 in der gleichen Periode des vorhergegangenen Steuerjahres. Der Rückgang belief sich also auf die gewaltige Summe von 1,134,442,000 Dollars. Die Einfuhr nahm in der gleichen Periode um $1,022,000,000 ab. Sie belief sich von Juli bis Februar auf $1,683,137,000.

Die Autoindustrie wurde von dem Ausfuhrrückgang anscheinend besonders stark betroffen. Im Vergleich mit dem Monat Januar des Vorjahres trat ein Ausfuhrsturz von über die Hälfte, nämlich um 50,3 Prozent ein. Der Wert der ausgeführten Automobile belief sich im Januar des Vorjahrs auf $31,116,674, und im Januar 1931 auf $15,480,487.

## „Graf Zeppelin" und „Bremen"

Als der „Graf Zeppelin" zum ersten Mal nach Amerika fuhr, erschien in zwei einflußreichen amerikanischen illustrierten Blättern, „Judge", und „Life", je ein bezeichnendes Bild. Auf dem einen war die Erdkugel in Wolken dargestellt, mit dem darüber schwebenden Luftschiff und der Unterschrift „Deutschland über alles". Auf dem anderen schneidet der Lloydschnelldampfer „Bremen" durch die Wellen des Ozeans, darüber fährt der Zeppelin und die Unterschrift lautet: „Britannia rules the waves", England beherrscht das Meer!

Man sieht, welche Gedanken diese starke deutsche Leistung dem amerikanischen Zeichner eingegeben hat. Nicht nur dem Zeichner, sondern auch den Herausgebern jener beiden, von Millionen von Amerikanern gelesenen Blättern, die sicher waren, damit die Stimmung ihres Publikums zu treffen.

Dr. Paul Rohrbach.

## Scharfe Oppositionskritik

(Fortsetzung von Seite 1.)

Centre das Wort, um ebenfalls die Rußlandpolitik der Bennett-Regierung scharf zu kritisieren. Es sei eine neue Theorie, sagte er, daß Canada mit einem Volk, dessen Sitten und moralische Anschauungen es nicht gutheiße, deswegen keinen Handel treiben solle. — Hon. Chas. Stewart, der frühere Innenminister, äußerte die Meinung, Bennetts Absicht sei es, alle Waren, die hier hergestellt werden könnten, aus Canada auszuschließen.

**um so unser Land von der übrigen Welt zu isolieren.**

Hon. Fernand Rinfret, der ehemalige Staatssekretär, wies an Hand der Bennett'schen Wahlversprechungen nach, daß die Regierung das Versprochene nicht erfüllt habe. „Was hören wir," so rief Rinfret aus, „von diesen großen Staatsmännern, diesen großen Wirtschaftspolitikern, diesen Wunderdoktoren und Zauberern, die ganz Canada mit Glück überschwemmen wollten? Sie sagen: Gebt uns Zeit, wir sind ja erst acht Monate am Ruder. Wieviel Zeit wollen sie noch mehr haben?" — Der nächste Redner war der Konservative F. W. Turnbull von Regina, der meinte, die Regierung habe in London wenigstens den Versuch gemacht, das Problem der Weizenvermarktung zu lösen. Westcanada sei nicht in weinerlicher Stimmung und nicht verzweifelt. Turnbull warf den Liberalen vor, sie förderten den „Sektionalismus". — Sehr scharf ging der Liberale George W. McPhee von Yorkton, Sask., mit den Konservativen ins Gericht, denen er vorwarf, sie hätten in Saskatchewan von der französischen Herrschaft in Canada unter dem liberalen Regime gesprochen, wobei er auch die Hetze gegen die Briefmarken mit französischem Aufdruck erwähnte, die auch heute noch nicht abgeschafft seien. — H. E. Spencer, der Farmerabgeordnete für Battle River (Alberta) entwarf ein düsteres Bild von der Lage in Westcanada. — Der Liberale E. J. Young von Weyburn, Sask., griff insbesondere die Zollpolitik an und erklärte die Zahl der Arbeitslosen in Canada sei von 200,000 im letzten Herbst auf 300,000 in der Jetztzeit angewachsen. — Der Liberale John Ballance von Süd-Battleford, Sask., bemerkte, alles, was man den Farmern auf ihre Forderungen gegeben habe, seien leere Versprechungen gewesen.

**Dr. Anderson von Konservativem angegriffen.**

Der Konservative Armand Lavergne, der stellvertretende Vorsitzende im Unterhaus griff die Schulpolitik seines Parteifreundes Premier Dr. Anderson in Saskatchewan an und wandte sich besonders nachdrücklich dagegen, daß man in den französischen Distrikten Französisch als Unterrichtssprache verboten hat. (Auf eine andere Aeußerung des Herrn Lavergne kommen wir an anderer Stelle zurück. D. Red.)

## Reichstag genehmigt deutschen Kreuzer

Berlin, 21. März. — Der Reichstag bewilligte gestern mit 183 gegen 72 Stimmen 11 Millionen Mark (etwa $2,600,000) als erste Zahlung für ein neues deutsches Kriegsschiff, den zweiten sogenannten „Westentaschenkreuzer". Die Vorlage ist damit in zweiter Lesung angenommen.

Ein kommunistischer Antrag auf Einstellung aller Kriegsschiffbauten bis 1936 wurde mit 181 gegen 74 Stimmen abgelehnt. 108 Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

## Reichsrat gegen Gefrierfleisch-Einfuhr

Berlin. — Der Reichsrat lehnte heute einen sozialdemokratischen Antrag für eine zollfreie jährliche Einfuhr von 50,000 Tonnen Gefrierfleisch ab. Der Antrag war vorher vom Reichstag angenommen worden.

## Explosion in Jugoslawien

Belgrad, Jugoslawien. Vor öffentlichen Gebäuden explodierten gleichzeitig drei Bomben. Eine vierte Bombe explodierte erst, als ein Major sie in ungeschickter Weise untersuchte. Der Major wurde dabei schwer verwundet. Die erste Bombe explodierte vor dem Ministerium des Aeußeren, die zweite vor der Militärakademie und die dritte vor dem Kriegsministerium. Niemand wurde verletzt. Die vierte Bombe war vor den alten Armeebaracken verborgen.